

Welche behördlichen Auflagen stehen der im Rahmen der Betreuung durch einen Streetworker geplanten Errichtung eines Begegnungsortes für bedürftige Menschen auf dem städtischen Areal hinter dem Friedhof in Gröpelingen entgegen, und kam oder kommt es dadurch zu Verzögerungen bei der Genehmigung der Maßnahme?

Welche Hinweise und Hilfestellungen zur Antragseinbringung sowie zur weiteren Vorgehensweise wurden dem Antragsteller im oben genannten Sachverhalt von behördlicher Seite aus erteilt?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

**Senator Dr. Lohse:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der eingereichte Bauantrag für einen Unterstand muss in Abstimmung mit der Grünordnung und dem Amt für Straßen und Verkehr überarbeitet werden, um den vorhandenen Baumbestand nicht zu gefährden und die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Offen ist noch die Frage, wer den Winterdienst übernimmt. Alle weiteren Voraussetzungen zur positiven Bescheidung des Vorhabens liegen vor. Mit den Nachforderungen ist eine Verzögerung der Genehmigung verbunden.

Zu Frage 2: Mit dem Antragsteller wurden und werden intensive Beratungsgespräche durch die Bauordnung und das Amt für Straßen und Verkehr geführt. Einbezogen sind auch das Ortsamt und andere Institutionen, wie zum Beispiel die BSAG, der UBB, die swb AG und so weiter. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Herr Senator, es gibt in Vegesack bereits seit Jahren ein ähnliches Projekt, das sehr zur Entspannung zwischen allen Beteiligten beigetragen hat. Ich konnte der Presse entnehmen, dass der Beirat für die Finanzierung Mittel bereitgestellt hat, sich mehrere Anwohner bereit erklärt haben, dafür zu spenden und die BSAG den Aufbau übernehmen würde. Sie sagten mir, dass es Schwierigkeiten gibt, den Winterdienst sicherzustellen. Wäre es nicht möglich, zum Beispiel mit der BSAG, die ein großes Interesse an einer Problemlösung hat, Gespräche mit dem Ziel zu führen, dass sie vielleicht den Winterdienst übernimmt, wenn das das einzige Problem ist?

**Senator Dr. Lohse:** Frau Neumeyer, genau diese Gespräche werden ja geführt, das habe ich eben mit der Antwort auf Frage 2 vorgetragen, und zwar genau mit den genannten Akteuren. Im Moment ist es so, dass die offenen Punkte gegenüber dem Antragsteller Anfang Oktober benannt worden sind. Er müsste nun etwas vorlegen, das genehmigungsfähig ist, und darüber werden im Moment noch Gespräche geführt. Solange uns kein genehmigungsfähiger Antrag vorliegt, hat die Verwaltung Schwierigkeiten zu handeln.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Sie sprechen davon, dass sich der Antragsteller darum kümmern müsste. Besteht die Möglichkeit, dass Ihr Ressort den Antragsteller bei der Antragstellung unterstützt? Vielleicht braucht er eine kleine Hilfestellung, damit der Antrag möglichst schnell gestellt wird!

**Senator Dr. Lohse:** Verschiedene Stellen meines Ressorts leisten eine intensive Hilfestellung, auch das ist schon in der Antwort des Senats formuliert. Es ist aber so, dass letztlich der, der ein solches Vorhaben realisieren will, am Ende den fertigen Antrag auch wirklich vorlegen muss.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Neumeyer!

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Herr Senator, würden Sie mir, sobald die Gespräche geführt wurden und zu einem Ergebnis gekommen sind, das Ergebnis mitteilen?

**Senator Dr. Lohse:** Aber selbstverständlich, Frau Neumeyer!

**Präsident Weber:** Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Ehrenbürgerschaften Bremens**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Kuhn, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Dr. Kuhn!

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Wird der Senat ein öffentlich zugängliches, kritisch kommentiertes Verzeichnis der früheren Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürger Bremens erstellen?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Emigholz.

**Staatsrätin Emigholz:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat wird als einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der historischen Praxis der Verleihung von Ehrenbürgerschaften eine Liste der früheren Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürger für die Veröffentlichung im Internet erstellen. Eine historische Erläuterung und Kommentierung ist beabsichtigt und soll gemeinsam mit dem Staatsarchiv erarbeitet werden. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Staatsrätin Emigholz, haben Sie eine Vorstellung davon, ob ich das Ergebnis als Abgeordneter noch erleben darf?

(Heiterkeit)

**Staatsrätin Emigholz:** Herr Abgeordneter, zunächst einmal wünsche ich Ihnen eine hervorragende Gesundheit und möchte aber meine Hoffnung nicht mit der Perspektive verbinden, dass Sie allzu lange darauf warten müssen. Der Kollege Dr. Joachim hat Ihnen, wenn ich das richtig weiß, Ende November letzten Jahres geantwortet, dass historisch veröffentlichtes und kommentiertes Material, auch sofern es das Staatsarchiv betrifft, eine sehr seriöse Angelegenheit ist. Man muss sich um Kontexte und auch um wissenschaftliche Redlichkeit bemühen. Gerade, wenn es sich eine Gesellschaft zum Anliegen gemacht hat, nicht zu polemisieren, sondern zeitgerecht und kontextuell zu arbeiten, ist es ausgesprochen wichtig, dass wir damit seriös umgehen, denn Sie wissen, wie sensibel veröffentlichtes Material ist. Wir dürfen in bestimmten Bereichen keinen Shitstorm provozieren.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Eine sehr kluge Überlegung, ich bedanke mich, Frau Staatsrätin!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Die neunte und damit letzte Anfrage trägt die Überschrift „**OK Lab Bremen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Grobien, Kastendiek, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Grobien!

Abg. Frau **Grobien** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat das Open-Data-Projekt „Code for Germany“ mit seinen inzwischen 14 Open Knowledge Labs, OK Labs, in verschiedenen deutschen Städten, die der Vernetzung und der Entwicklung von innovativen Anwendungen dienen?

Wie bewertet der Senat, dass Bremer Akteure bei dem Projekt bislang nicht vertreten sind, und welche Möglichkeiten sieht der Senat, das zu ändern?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

**Bürgermeisterin Linnert:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat bewertet das Programm der Open Knowledge Foundation Deutschland „Code for Germany“ positiv. Die Open-Data-Strategie und die im Vergleich zu anderen Städten umfangreichen Veröffentlichungen auf dem bremischen Open-Data-Portal haben unter anderem die Mitglieder der OK Labs als Zielgruppe. Dazu gehören Softwareentwickler, Designer, Journalisten und Open-Data-Interessierte. Die OK Labs sind in der Regel selbstorganisiert und haben Interesse an dem Austausch mit Politik und Verwaltung. Sofern sich ein OK Lab Bremen gründet, wird der Senat das begrüßen.

An der Durchführung eines Hackday im November 2011 durch das Institut für Informationsmanagement Bremen und die Open Knowledge Foundation hat sich die Senatorin für Finanzen bereits beteiligt.

Der Senat sieht allerdings keine Möglichkeit, sich an der Gründung eines bremischen OK Labs zu beteiligen. Auch ist er von den Initiatoren der Initiative gebeten worden, die Programmieraktivitäten zu bezahlen. In Abwesenheit einer konkreten Bedarfslage auf der Seite der Verwaltung und des IT-Dienstleisters standen dafür keine Haushaltsmittel zur Verfügung. Das wäre bei einem neuen Projekt natürlich wieder neu zu bewerten. - Soweit die Antwort des Senats!